



Ravensburg, den 25.11.2023

Der BDH fordert die Aufhebung des Versorgungsnotstandes bei „kleinen OP’s“ für Kinder mit Hörbeeinträchtigungen

Im Dezember 2022 wurden die Honorare für ambulante Operationen festgelegt. Der Verband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) – die Vertretung der HNO-Ärzte senkte die Honorare für die „kleinen Eingriffe“ ab und hob im Gegenzug Honorare für größere Eingriffe leicht an. Die „kleinen“ Operationen waren schon vor der Absenkung der Gebühren nicht kostendeckend durchzuführen. Es wird als Affront gegen die HNO-Ärzte empfunden (s. Internetseite der HNO-Ärzte). Nach erneuten Verhandlungen sind die Fronten inzwischen verhärtet und der Protest hält an.

Der Berufsverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen (BDH) sieht als Berufs- und Fachverband für Hören und Kommunikation die Nöte der Eltern von hörbeeinträchtigten Kindern. Massive Sprachentwicklungsverzögerungen sind durch den langen Aufschub der sogenannten „kleinen OP’s“ bald nicht mehr aufzuholen.

Seit Anfang 2023 befinden sich viele niedergelassene HNO-Ärzte im Protest gegen die abgesenkten Honorare für ambulante HNO-Kinderoperationen, konkret um Mandel- und Mittelohroperationen (Tonsillotomie und Adenotomie mit Paukendraingage). Dies hat dramatisch lange Wartezeiten für die kleinen Patienten zur Folge. Beispielsweise werden in Hamburg aktuell Termine für 2027 vergeben.

Der BDH blickt mit großer Sorge auf die Auswirkungen der nicht durchgeführten Operationen und appelliert mit diesem Schreiben an die Krankenkassen und niedergelassenen HNO-Ärzte konkret in Verhandlungen zu treten.

Der Versorgungsnotstand muss behoben werden! Als Hörgeschädigtenpädagogen weisen wir darauf hin, dass eine Mittelohrschwerhörigkeit das Hören um bis zu 30 dB leiser wahrnehmen

lässt. Dieses hat im Kleinkindalter massive Auswirkungen auf die Sprachentwicklung. Es braucht einen hohen therapeutischen Aufwand, um diesen zu begegnen, auch wird dies Auswirkungen auf die schulische Entwicklung dieser Kinder haben. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass es zu psychischen Auswirkungen mit Verhaltensauffälligkeiten kommt. Fehlende bzw. eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten haben massiven Einfluss auf die Gesamtentwicklung der Kinder.

Die Situation ist nicht hinnehmbar!

Der BDH appelliert als Berufs- und Fachverband für Hören und Kommunikation auf neue Verhandlungen zwischen den Verbänden, um negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder mit Hörbeeinträchtigungen und in der Folge auf das eh schon angespannte Schulsystem zu verhindern.

Dieses Position wurde im Rahmen der BDH-Bundesvorstandssitzung am 25.11.2023 von den Vertreterinnen und Vertretern aller BDH-Landesverbände in Frankenthal verabschiedet.

Herzliche Grüße



BDH-Bundesvorsitzende